
Das Virus, die Wirrnis und wir

In den grossen Debatten um Covid-19 geht es weniger um das Virus – als vielmehr um uns. Welche Muster der kollektiven Krisenbewältigung zeichnen sich ab? Was wird über-, was unterbelichtet?

Von [Daniel Graf](#), 28.05.2020

Noch immer sind viele Fragen über das Virus und die Krankheit offen – weil Wissenschaft Sorgfalt und Zeit braucht. Und die Fähigkeit, gesicherte Erkenntnis von noch vorläufigen Einsichten zu unterscheiden. Umso mehr hat der bisherige Verlauf der Corona-Krise über uns selbst verraten: wie wir Sinn (und Unsinn) konstruieren. Wie wir auf Unsicherheit reagieren. Welche Wörter wir zu welchem Zweck verwenden. Für welche Irrtümer wir anfällig sind. Was unsere Aufmerksamkeit findet und was ihr entgeht.

Welche übergreifenden Entwicklungslinien lassen sich aus den grossen Streitthemen der letzten Wochen ablesen? Welche (vorläufigen) Lehren sollten wir jetzt schon ziehen? Denn fest steht: Die Krise hat erst begonnen. Und es gibt Debatten, die dringend geführt werden müssen.

11 Inputs für eine Zwischenbilanz.

1. Die Krise zeigt uns, wer wir sind – nicht, wie wir uns gern sähen

Es war eine verführerische, aber offenkundig trügerische Vorstellung, die Gesellschaft werde nach dem Lockdown automatisch eine gerechtere, klimafreundlichere und solidarischere sein. Tatsächlich hat die Krise nur für kurze Zeit verdeckt, welche gesellschaftlichen Fliehkräfte nach wie vor wirken – und wie gross die Interessengegensätze in den politischen Gremien weiterhin sind. Nun sind die Schweizer Dividenden auch in Kurzarbeits-Unternehmen gerettet, die Unterstützung der Flugesellschaften ist auch ohne Dekarbonisierungsziele beschlossen. Die wichtigsten gesellschaftlichen Grundprobleme aber sind dieselben geblieben: Klimakrise, soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung. Ihnen zu begegnen, erfordert auch künftig nicht magisches Denken, sondern nüchterne Analyse und politisches Handeln.

2. In der Pandemie spitzt sich die soziale Ungleichheit zu

Der vielleicht unsinnigste Slogan der letzten Wochen lautet: Vor dem Virus sind alle gleich. Wenn das bedeuten soll, dass sich das Virus seine Opfer nicht «auswählt», formuliert der Satz eine Banalität. Wenn er suggerieren will, es seien von der Pandemie alle gleichermassen betroffen, ist er im besten Fall weltfremd – und verkennt, welches Problem extreme soziale

Ungleichheit schon lange vor Corona war. Seit Beginn der Pandemie zeigt sich, dass die Ärmeren und Marginalisierten dem Virus tendenziell am schutzlosesten ausgeliefert sind.

Das lässt sich im Weltmassstab ebenso beobachten wie innerhalb der Gesellschaften: ob im Flüchtlingslager Moria, in den Sinti- und Roma-Dörfern Osteuropas, an den Warteschlangen in Genf, wo inmitten des grössten Wohlstands Hunderte Bedürftige stundenlang für Essensrationen anstehen – vor allem aber in Ländern des globalen Südens, wo infolge der Pandemie, neben ihren medizinischen Auswirkungen, auch eine gigantische Hungerkatastrophe droht. Jeder ernsthafte Versuch, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, beginnt mit der Infragestellung des Mythos von Chancengleichheit und Meritokratie, samt seiner Corona-Variante: der Mär gleicher Betroffenheit.

3. Die Corona-Krise ist eine Krise des vernetzten Denkens

Man kann – mit Isolde Charim und einem Begriff von Marcel Mauss – die gegenwärtige Pandemie als ein «totales gesellschaftliches Phänomen» verstehen: Sie bestimmt sämtliche Aspekte des politischen und gesellschaftlichen Alltags. Kein Ereignis der jüngeren Geschichte hat einen derartigen Maximalfokus herbeigeführt. Die damit einhergehende Blickverengung hat allzu oft auch in den Debatten die Perspektive auf komplexe Zusammenhänge verhindert – und simple Dichotomien erzeugt, etwa zwischen Lebensschutz und Ökonomie. Wenn aber die komplexen Probleme, vor die uns die Pandemie stellt, zu angemessenen Lösungen kommen sollen, ist das Denken in Zusammenhängen wichtiger denn je.

4. Corona verstärkt die Verdrängung der Klimakrise

Das grösste und zugleich fatalste Beispiel für die neue Blickverengung: Die Corona-Krise hat die Klimakrise aus dem öffentlichen Diskurs katapultiert. Das Hoch der Klimabewegung – wie weggeblasen. Die Umfragewerte der Grünen sind gesunken, in Deutschland gar dramatisch eingebrochen. Erst allmählich kehrt das Thema in die Nachrichten zurück.

Corona versus öko? Das ist ein besonders absurder Diskurseffekt, denn beides gehört zusammen: Weil die Unterbrechung der marktradikalen Effizienzlogik gezeigt hat, dass nichts politisch alternativlos ist. Und weil Pandemien dieser Art aufs Engste mit der menschlichen Naturausbeutung zusammenhängen. Die Zerstörung natürlicher Lebensräume macht das Überspringen tierischer Viren auf den Menschen wahrscheinlicher; ungebremster Massentourismus und globaler Handel *just in time* erhöhen dieses Risiko – und die Verbreitungsgeschwindigkeit des Virus. Kurz: Die Corona-Krise ist auch eine ökologische Krise. Statt aber dies in politischen Lösungen einzubeziehen, ging das grosse Verdrängen weiter. Umso dringlicher gehört die Klimakrise wieder in den Fokus – und der «Green New Deal» zurück auf die Agenda, nicht nur in der EU.

5. Grüne Metaphysik hilft nicht weiter

Teile der ökologischen Bewegung wollen in der Krise Botschaften hören, die uns «Mutter Natur» sendet, im Netz trendet das Meme «The Earth is healing, we are the virus», und der gefeierte Philosoph Markus Gabriel fragte sich schon vor Wochen, ob das Virus «eine Immunreaktion des Planeten

gegen die Hybris des Menschen» sei. Nun hat der angesehene Biologe und Philosoph Andreas Weber in einem durchaus lesenswerten Text das Virus als «Akteur» ausgemacht, der uns «eine Ethik der Gemeinsamkeit» stifte und uns zeige, «was die richtige Weise ist, uns zu verhalten».

Das alles mag gut gemeint sein, klingt aber doch verdächtig nach einer säkularen Variante des alten religiösen Narrativs von Schuld und Sühne. Zwar ist es vollkommen richtig, wie Andreas Weber daran zu erinnern, dass sich der Mensch dem Naturzusammenhang nicht entziehen kann. Aber wenn dabei die Natur rhetorisch vermenschlicht und zum strafend-fürsorgenden Subjekt stilisiert wird, ist fraglich, ob am Ende mehr herauskommt als Fremd- oder Selbstgeißelung – oder gar ein passives Vertrauen darauf, dass es die Selbstheilungskräfte des Planeten schon richten werden. Der Zusammenhang von Klimakrise und Pandemierisiko aber braucht empirische Analyse und *politische* Antworten – auch und gerade aus dem grünen Spektrum.

6. Auch Protest muss sich legitimieren

Pandemien waren schon immer Hochzeiten der Sündenbocksuche, Verschwörungserzählungen schon lange vor Corona ein Problem. Man musste also gewarnt sein. Dennoch ist derzeit vermutlich keine Entwicklung so verstörend und so gefährlich wie die verschwörungsideologische und rechtsextreme Instrumentalisierung der Anti-Lockdown-Stimmung. Zwar gilt auch hier das Gebot der Differenzierung: Man kann gute Gründe haben, die vorübergehende Einschränkung der Grundrechte kritisch zu beobachten (weswegen die Medien genau das seit Wochen tun). Und wo das Feld der Protestierenden so heterogen ist wie bei den sogenannten «Hygienedemos», gehören nicht alle in denselben Topf.

Doch diese Differenzierung zu leisten, müsste vor allem auch jenen Protestierenden selbst ein Anliegen sein, die hehre Absichten für sich in Anspruch nehmen: Wer Seite an Seite mit Rechtsextremen, Antisemiten und Verschwörungsideologinnen demonstriert und sich trotz intensiver öffentlicher Debatte über deren Vereinnahmung des Protests nicht unmissverständlich von den Hetzern abgrenzt, sollte sich nicht wundern, wenn man ihm das als Einverständnis auslegt.

7. Die Gesetze der Aufmerksamkeitsökonomie sind auch ein Problem

Es ist eine bittere Ironie der bisherigen Krisendebatten: Erst hat Corona die Klimakrise aus dem Aufmerksamkeitsfokus verdrängt, nun dominiert der Streit um Verschwörungsmymen die Diskussion. Dieses Phänomen ist zu gefährlich, als dass es verharmlost werden dürfte. Trotzdem: Die Verschwörungsideologinnen sind noch immer eine kleine Minderheit. Es wäre fatal, sich die diskursive Agenda ausgerechnet von ihnen diktieren zu lassen. Vielmehr gilt es, die Relationen zu wahren – und neue Blickverengungen zu vermeiden.

8. Für komplexe ethische Fragen taugen keine einfachen Antworten

Die schwierigen ethischen Konflikte, vor die uns die Pandemie insbesondere in der Frage der Triage stellt, haben besonders drastisch die individuellen Unterschiede in Weltanschauung und Menschenbild gezeigt. Das Ermuti-

gende dabei: Wichtige Gremien und Expertinnen sind der Komplexität der Fragen auf Augenhöhe und dennoch mit klarer Sprache begegnet. Die Stellungnahme des Deutschen Ethikrats darf zu den (ge)wichtigsten Texten der letzten Zeit gezählt werden. Ethikerinnen wie Tanja Krones, Peter Dabrock oder Reinhard Merkel haben in exzellenten Beiträgen und luziden Interviews die Nuancen der Abwägungen erläutert und anschaulich gemacht, warum es gerade auf diese Nuancen ankommt. Dass die wenigsten Bürger die Ressourcen haben, all das im Detail nachzuverfolgen, versteht sich von selbst.

Doch auch wer sich nicht stundenlang mit Texten zur Moralphilosophie befasst, kann zur Diskussionskultur beitragen: durch skeptische Selbstbefragung, Zurückhaltung mit eiligen Abschluss-Statements und den Verzicht auf rhetorisches Breitbeinertum. Nicht zuletzt im Wissen darum, dass so manche starke Meinung auf umso schwächerer Sachkenntnis basiert. Und vielleicht mit einem Gespür dafür, dass ethische Debatten immer selbst schon eine ethische Komponente haben: Auch Sprechen ist Handeln. Das sollten auch die Vertreter vulgär-utilitaristischer Positionen bedenken, wenn sie unverhohlen sozialdarwinistisch das Leben derer zur Disposition stellen, die «ja ohnehin bald» stürben.

9. Es braucht ein neues Verständnis von Intellektualität

Die Intellektuellen hätten in der Corona-Krise versagt, hiess es vor allem zu Beginn der Krise. Tatsächlich langten *big names* wie Agamben und Sloterdijk mit markigen Sprüchen teils kräftig daneben. Zu pauschaler Intellektuellenschelte aber besteht kein Anlass. Weil andere, teils weniger prominente *public intellectuals* von Armin Nassehi bis Zeynep Tufekçi die Krise mit verlässlicher Klugheit begleiten. Weil neue Gesichter auf die intellektuelle Bühne getreten sind, der Diskurs pluraler und kollektiver geworden ist. Und weil der Gestus unbeirrbarer Bescheidwisserei vielerorts einer Reflexion der eigenen Erkenntnisgrenzen weicht, einschliesslich der Bereitschaft, frühere Positionen nach besserer Einsicht zu korrigieren. Das ist einer komplexen Welt wesentlich angemessener. Und die Vorstellung, dass immer dieselben, meist männlichen Welterklärer auf sämtliche Fragen Antwort wüssten, war schon vor Corona fragwürdig.

10. In den Krisendebatten kommt unsere Sprache auf den Prüfstand

Ein «Krieg» gegen das Virus? Die martialische Metaphorik von Emmanuel Macron bis Mike Pompeo und die Beschuldigungs-Rhetorik von Trump («*Chinese virus*») haben neue Aufmerksamkeit für instrumentellen Sprachgebrauch und die Nuancen der Wortwahl geschaffen. Welches Gewicht Begriffsfragen haben können, zeigt auch die aktuelle Debatte um die Bezeichnung «Verschwörungstheorie». Wer die so benannten Narrative teilt, wehrt sich in der Regel gegen den Begriff wegen seiner eindeutig negativen Konnotation. Tatsächlich aber gibt es vor allem für die Gegenseite gute Gründe, über begriffliche Alternativen nachzudenken – weil Verschwörungserzählungen die Anforderungen an wissenschaftliche Theorien ja gerade *nicht* erfüllen. Deshalb sprechen Katharina Nocun und Pia Lamberty in ihrem soeben erschienenen Buch zum Thema lieber von Verschwörungserzählung, wenn die konkrete einzelne Annahme gemeint ist; von Verschwörungsmythos, um ein übergeordnetes Narrativ zu bezeichnen; und von Verschwörungsideologie für die individuelle Neigung, katastrophische Ereignisse als Verschwörungen zu interpretieren. Solche

Differenzierungen sind keine müssige Sprachübung – sondern Ausdruck von Erkenntnisfortschritt und Denkarbeit.

11. Die Krise beweist die Handlungsfähigkeit des Staates

Die Krisenbekämpfung hat gezeigt: Das Primat der Ökonomie kann durchbrochen werden, wenn der politische Wille da ist. Und die Sicherstellung der Grundbedürfnisse gewährleisten nicht unregulierte Märkte, sondern staatliches Krisenmanagement, verantwortungsvolle Bürgerinnen und nicht zuletzt die Angehörigen von Berufszweigen, denen bisher die Anerkennung versagt war. Aus dem punktuellen Unterbruch angeblich alternativloser Dynamiken erwächst allerdings nun erst die weitaus grössere Herausforderung: die nachhaltige Veränderung unserer Anerkennungskultur – auch im monetären Sinne. Und der langfristige Aufbau einer Care-Gesellschaft, die sich nicht in erster Linie am Profit, sondern am Gemeinwohl orientiert.

Synthese?

Keine. Aber vielleicht lässt sich die grundlegendste Folge der Krise mit einem typisch deutschen Wortmonster erfassen: Vulnerabilitätsbewusstsein. Schon jetzt hat uns die Pandemie die eigene Verwundbarkeit vor Augen geführt – die unserer Körper ebenso wie die unseres voraussetzungsreichen Alltags. Ob dieses Bewusstsein zu verantwortungsvollem, solidarischem Handeln führt oder zu einer toxischen Mischung aus Angst, Aggression, Verdrängung und Selbstviktimsierung, wird wohl auch von der Qualität unserer Debatten abhängen. Und von der politischen Gestaltung der Krise.